

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 75 (1983)
Heft: 5

Artikel: Jugend in Frankreich
Autor: Hermann, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355141>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jugend in Frankreich

Josef Hermann

Das Problem der arbeitslosen Jugend stellt sich in allen Industrieländern. Es wurde bisher nirgends wirklich gelöst. In Frankreich hat das Problem eine besondere und sehr schwerwiegende Aktualität.

Zunächst einige Zahlen, um die Situation besser zu verstehen. Es gibt hier mehr als zwei Millionen Arbeitslose, unter ihnen sind mehr als 900 000 im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Fast die Hälfte jener, die arbeitslos sind, ist unter 25 Jahre alt, während sie nur 8 Prozent der aktiven Bevölkerung stellt. Etwa 450 000 unter ihnen haben weder ein Diplom noch eine berufliche Qualifikation, und unter all den arbeitslosen Jugendlichen sind 60 Prozent zwischen 18 und 21 Jahre alt. Etwa 120 000 Schulentlassene erscheinen jedes Jahr ohne berufliche Kenntnisse auf dem Arbeitsmarkt. Ohne Aussicht auf einen Arbeitsplatz. Sie sind von vornherein aus dem aktiven Leben ausgeschlossen, Aussen-seiter der Gesellschaft.

70 000 Jugendliche kamen im Vorjahr mit der Polizei in Konflikt. Die Zahl jener Jugendlichen, die zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, hat sich in den letzten 3 Jahren um 40 Prozent erhöht. 90 Prozent davon waren ohne berufliche Qualifikation.

In der Öffentlichkeit wundert man sich über die Revolte dieser Jugend, über ihre Gewalttätigkeiten, ihre Schwierigkeit, sich einer geregelten gesellschaftlichen Ordnung anzupassen, eben jener Ordnung, die ihnen keine Existenzbasis bietet, die sie zu Aussenseitern der Gesellschaft stempelt. Wer in den Gerichtssälen der französischen Städte den Prozessen folgt, kann es bestätigen: Die grosse Mehrzahl jener, die Delikte begehen, sind unter 25 Jahre alt. Oft handelt es sich auch um Kinder von Immigranten, die sich noch mehr als ihre Brüder heller Hautfarbe als Ausgestossene fühlen, auch wenn sie in Frankreich geboren wurden. Wenn ein Unternehmer Arbeitskräfte sucht, dann entschliesst er sich nur selten, Jugendliche aufzunehmen. Er hat kein Vertrauen. Ist der Jugendliche dunkler Hautfarbe, ist er von vornherein von jeder Bewertung ausgeschlossen. Aber der Rassenhass, der oft bei den erwachsenen Arbeitslosen festzustellen ist, kommt bei den Jugendlichen nicht auf. Es sind Brüder der Misere.

Manchmal kommt es zu offenen Auseinandersetzungen mit der Polizei, wie im Vorjahr in Venissieux, einem Vorort von Lyon, in Mühlhausen oder in Villeurbann. Aber jene, die keine schwerwiegende Gewalttaten verübten, werden nur selten mehr ins Gefängnis gesteckt werden; sie sollen künftig zu Arbeiten im Interesse der Kollektivitäten herangezogen werden.

In den vergangenen Jahren hat man mehrfach versucht, dem Problem der arbeitslosen Jugend beizukommen. Damals hatte die Arbeitslosigkeit nicht jene drastischen Formen angenommen, die sie heute hat. Man gab

viele Milliarden aus, um neue Lehrstellen zu schaffen und die Unternehmer anzuregen, Jugendliche aufzunehmen, und ihnen eine berufliche Ausbildung zu geben oder sie zumindest anzulernen. All diese Massnahmen hatten nur einen mässigen Erfolg. Die Arbeitgeber akzeptierten die Prämien, sie engagierten Jugendliche für einige Monate, es waren billige Arbeitskräfte, für die keine Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden mussten und für die der Staat einen Teil des Lohnes rückvergütete. Nur selten verblieben die jungen Leute für ständig im Betrieb. Es waren provisorische Lösungen.

Das neue Regime will provisorische Lösungen vermeiden und das Übel an der Wurzel bekämpfen. Man kann die Arbeitslosigkeit der Jugend gewiss nicht von einem Tag auf den anderen aus der Welt schaffen. Sie hängt mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage des Landes zusammen, aber auch mit der sozialen Politik, die in den letzten zwei Jahrzehnten geführt wurde. Um es klar zu sagen: Die politische Führung des Landes hat sich um die Berufsprobleme im allgemeinen und um jene der Jugend im besonderen sehr wenig, wenn überhaupt bekümmert.

Der neue Staatspräsident hat vor einigen Monaten einen bedeutenden Sachverständigen auf diesem Gebiet, Professor Schwarz von der Pariser Universität Dauphiné, beauftragt, mit einer besonderen Kommission neue Wege für das Dilemma der französischen Jugend zu suchen. Professor Schwarz hat schon vor einiger Zeit dem Präsidenten seinen Bericht vorgelegt. Er wurde für die Regierung richtunggebend für die zu beschliessenden und unterdessen auch beschlossenen Massnahmen. Für all jene jungen Leute, so erklärt der Bericht des Professors Schwarz, die zwischen 16 und 18 Jahre alt sind und die auf längere Studien verzichten, muss die Möglichkeit geschaffen werden, im Rahmen des Unterrichtsministeriums eine berufliche und soziale Schulung zu bekommen. Kurzfristig handelt es sich darum, für all jene Schulentlassenen, die ohne berufliche Schulung bleiben, eine berufliche Ausbildung zu organisieren. Mittelfristig muss ein wesentlicher Ausbau der technischen Ausbildung erfolgen, vor allem so weit es das gesamte Gebiet der Elektronik betrifft. In der Folge sei zu überlegen, ob es sich nicht als notwendig erweisen wird, die berufliche Schulung innerhalb des obligatorischen Schulunterrichts zu organisieren. Der Vorschlag, die obligatorische Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr zu verlängern, ist an sich nicht neu, aber die zwei Jahre zwischen dem 16. und dem 18. Lebensjahr zu nutzen, um all jenen jungen Leuten, die auf ein längeres Studium verzichten, obligatorisch eine berufliche Bildung zu vermitteln, gäbe die Möglichkeit, das Problem der berufslosen Jugend einer Lösung näherzubringen.

Der Minister für berufliche Ausbildung, Monsieur Rigout, hat auf Grund der Untersuchung von Professor Schwarz die ersten Massnahmen verfügt. Ziel: Bis zum Jahresende müssen 100 000 sonst berufslos bleibende Schulentlassene eine berufliche Ausbildung erhalten, entweder in den stark erweiterten technisch-professionellen Lycéen oder in den Berufs-

schulen. Diese Berufsschulung (6 Monate bis 2 Jahre) muss ausreichend intensiv sein, damit sie mit einem Staatsdiplom oder mit einem Berufszeugnis abgeschlossen werden kann. Derart bekommt der Jugendliche wesentlich grössere Chancen, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Diesen jungen Leuten soll übrigens in Priorität ein Arbeitsplatz zugewiesen werden.

Das ist, wie Monsieur Rigout versichert, eine erste Etappe. In den kommenden Jahren soll die Berufsausbildung der Jugendlichen soweit ausgebaut werden, dass 1985 kein Jugendlicher ohne eine berufliche Qualifikation bleibt. Die Ausbildung soll jeweils alternierend erfolgen, zum Teil in der Schule, zum Teil im Betrieb, so dass der Jugendliche nach erfolgter Ausbildung leicht in einem Betrieb integriert werden kann.

Es sind auch andere Massnahmen vorgesehen. So sollten jene, die es bis zum Abitur bringen und dann versagen, die Möglichkeit bekommen, in einer noch zu bestimmenden Form eine berufliche Ausbildung zu erhalten. Jugendliche, die einen ersten Arbeitsplatz suchen, sollten nicht mittellos bleiben. Hier soll, wenn sie beim Arbeitsamt gemeldet sind, eine Unterstützung in der Höhe des halben Mindestlohnes gewährt werden. Ministerpräsident Mauroy hat in diesen Tagen erklärt, die berufliche Schulung der Jugend sei eine nationale Verpflichtung. Es war Zeit, dass man das höheren Orts erkennt...